dfi aktuell

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Deutsch-Französische Dynamik mit Hindernissen – *Seite 1*

dfi information

XXXIV. Jahrestagung des dfi – *Seite 4*

Hoher Besuch im dfi – *Seite 5*

Die europäische Zivilgesellschaft – *Seite 6*

Fortbildungsangebot für Kommunalpartnerschaften – *Seite 8*

On y va - Seminar in Frankreich – *Seite 8*

Einwanderungsland Frankreich – *Seite 9*

„Ein schlimmes Jahr im Exil?“ – *Seite 10*

Azubi-Bacpro – grenzüberschreitende Kooperationserfahrung in der Berufsbildung: dfi compact Nr. 16 – *Seite 10*

Bildungsreform in Frankreich: Aktuelle Frankreich Analyse (AFA) Nr. 33 – *Seite 11*

dfi service

Deutsch-französische Energiewendewoche – *Seite 11*

Freie Praktikumsplätze – *Seite 11*

DFH: Forschungsaufenthalt im europäischen Ausland? – *Seite 12*

Impressum - *Seite 12*

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:
▸ http://www.dfi.de/storno

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg Ausgabe 3|2018

Deutsch-Französische Dynamik mit Hindernissen

Deutsche und Französische Regierungsmitglieder beim Deutsch-Französischen Gipfeltreffen in Meseberg. Quelle: Bundesregierung/Denzel.

dfi analyse

In der Rückschau könnte der Monat Juni 2018 eines Tages durchaus als ein historischer Wendepunkt identifiziert werden, als ein deutsch-französischer und europäischer Schicksalsmoment.

Der Gipfel des Europäischen Rats Ende Juni war die letzte Chance vor der Europawahl 2019, das Reformfenster, das sich mit der Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten Frankreichs unerwartet geöffnet hatte, zu nutzen. Der deutsch-französische Gipfel in Meseberg am 19. Juni war seinerseits die allerletzte Gelegenheit für den „deutsch-französischen Motor“, nach Jahren der Krisenreaktion und Monaten des Abwartens und Verzögerns, der Europäischen Union und den anderen Mitgliedstaaten endlich jene Orientierung vorzugeben, für die tatsächlich immer noch die Kooperation der beiden Gründerstaaten unerlässlich ist.

Beide Gipfel wurden vom Getöse über den „Asylstreit“ überlagert und bekamen dadurch eine ganz andere Art von Dringlichkeit, als im Rahmen des deutsch-französischen Reformkalenders erwartet. Die Zukunft wird zeigen, welche langfristige Bedeutung den kurzfristig wahrgenommenen Prioritäten zukommen wird, und wieviel von den langfristig formulierten Zielen noch umgesetzt werden kann.

Nach der Rede Emmanuel Macrons an der Sorbonne im September 2017, mit ihrer Vision einer „Europäischen Souveränität“, begleitet von zahlreichen innovativen Einzelmaßnahmen, nach der langwierigen Regierungsbildung in Deutschland, dem mühsam ausgehandelten Koalitionsvertrag über „einen neuen Aufbruch in Europa“, nach der Kanzlerwahl am 14. März und den ersten deutsch-französischen Begegnungen auf Regierungsebene zeichnet sich nun langsam aber sicher doch eine deutsch-französische und europäische Reformagenda ab. Diese hat den Anspruch, die mühsam unter dem Zeitdruck der Euro- und Wirtschaftskrise in den letzten zehn Jahren erreichten Minimalkompromisse hinter sich zu lassen und stattdessen in eine ambitioniertere Gestaltung der zukünftigen politischen Verhältnisse einzutreten. Die nächsten Monate werden zeigen, ob sich die Vielzahl technokratischer Einzelmaßnahmen zu einem Ganzen fügen. Entscheidend wird dabei sein, ob

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

sich gleichzeitig der politische Wille findet, für diese Maßnahmen im Europawahlkampf zu werben, sie in der politischen Auseinandersetzung offensiv zu vertreten und einen übergeordneten Sinn zu verleihen, kurz: für eine europäische Zukunftsvision zu werben, die der Zustimmung der Bürger wert ist.

Auf deutsch-französischer Ebene entsteht nun tatsächlich ein neuer bilateraler Grundlagenvertrag, der neben den weiterhin geltenden Elysée-Vertrag von 1963 treten soll. Er wird weitreichende Bekenntnisse zu mehr Harmonisierung und Angleichung (im Steuer- und Abgabenbereich, im Sozialbereich) enthalten und die Möglichkeit für eine gemeinsame ambitionierte Innovations- und Forschungspolitik schaffen. In der grenzüberschreitenden Kooperation werden im Moment eine Reihe von weitreichenden Maßnahmen diskutiert, die endlich das Potential dieser europäischen Vorreiterregionen heben könnten. Daneben hat die „regierungslose Zeit" in Deutschland im Januar zu einer erstaunlichen Entwicklung zwischen den beiden Parlamenten geführt. Die Volksvertreter haben sich auf eine ausformulierte und detaillierte Vereinbarung für eine strukturierte, institutionalisierte Zusammenarbeit geeinigt. Auf Grundlage dieser Zusammenarbeit zeichnet sich, im Rahmen der neu geschaffenen deutsch-französischen Arbeitsgruppe der beiden Parlamente, eine in ihrer Qualität ganz neue, anspruchsvolle und intensive Begleitung der Regierungskooperationen ab. Eine solche länderübergreifende parlamentarische Dynamik kann der Qualität der Zusammenarbeit nur nützlich sein. Sie zwingt die Regierungen, Wesentliches von Nebensächlichem zu trennen, sich zu ihrer Agenda zu bekennen und diese in Parlament und Öffentlichkeit zu begründen und zu verteidigen.

Inhaltlich legt die Erklärung von Meseberg den Schwerpunkt auf vier Politikfelder, in denen die deutsch-französischen Initiativen jeweils kompatibel mit einer weiteren Vertiefung der entsprechenden Zusammenarbeit auf EU-Ebene formuliert wurden. Damit kommen die beiden Länder endlich wieder ihrer Rolle nach, deutsch-französische Kompromisse zu suchen, die auch für die anderen Mitgliedsländer akzeptabel erscheinen und gleichzeitig das europäische Gemeinwesen weiterentwickeln und vertiefen können. In einer Union mit 27 Mitgliedsstaaten wird dieser Anspruch zugegebenermaßen immer schwieriger einzulösen sein.

Deutschland erkennt erstmals die Notwendigkeit einer makroökonomischen Stabilisierung der Eurozone durch gemeinsam eingesetzte und verwaltete Mittel und gemeinschaftlich entschiedene

Konrad Seigfried, Erster Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg, begrüßt die Gäste des dfi im Schloss Ludwigsburg. Quelle: dfi.

Politik an. Die Bundesregierung bekennt sich zu Emmanuel Macrons Vorschlag eines (in seinem Volumen bisher symbolischen) Eurohaushalts. Gleichzeitig kommt Frankreich Deutschland weit entgegen beim Bekenntnis zu Eigenverantwortung und individueller Haftung der Mitgliedsländer sowie der Verpflichtung auf weitreichende Strukturreformen im Hinblick auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone. Der Eurohaushalt darf nicht für Transferzahlungen benutzt werden und die Haushaltsrechte des Bundestages müssen gewahrt bleiben. Dieser Kompromiss, der nicht zuletzt unter dem Eindruck der skeptischen Haltung von acht „nordischen Mitgliedsländern" entstanden sein dürfte, ist die Grundlage für ebenfalls weitreichende Entscheidungen zur weiteren Ausgestaltung der Bankenunion, eines Europäischen Währungsfonds und weiterer Instrumente zur Absicherung und makroökonomischen Steuerung der Währungsunion. Zweitens zeichnen sich im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik große Veränderungen ab. Dabei soll das maßgeblich von Deutschland betriebene Instrument der „gemeinsamen strukturierten Zusammenarbeit" um die von Präsident Macron vorgeschlagene Idee einer „Europäischen Interventionsinitiative" ergänzt werden und beide so eng wie möglich miteinander verbunden werden. Neben diesen Instrumenten, die zu einer auch militärisch handlungsfähigeren Außenpolitik führen würden, wurde die ambitionierte Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur beschlossen. Sollte beides gelingen, wäre dies die Grundlage für weitreichende Veränderungen in einem Politikbereich, der seit den siebziger Jahren Gegenstand von Kooperationsbemühungen ist, ohne dass es dabei zu ähnlich spektakulären Ergebnissen wie im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion gekommen wäre.

Drittens liegt ein Schwerpunkt auf der gemeinsamen politischen Förderung und Gestaltung von Innovation und Forschung. Neben einer europäischen Agentur für disruptive Innovation wollen Frankreich und Deutschland eine Agentur für künstliche Intelligenz entwickeln und Schritt für Schritt den digitalen Binnenmarkt ausgestalten, um so die kritische Größe, über die Europa im Vergleich zu Amerika oder China verfügt, endlich auch politisch nutzen zu können.

Handlungsspielraum in Krisenzeiten

Schließlich bleibt es beim Schwerpunkt Migration in erster Linie bei Absichtsbekundungen, die Migrationsbewegungen nach Europa als „gemeinsames" europäisches Phänomen bezeichnen, dem dann auch gemeinschaftlich zu begegnen wäre. Konkret wird dies in erster Linie im weiteren Ausbau und der Verstärkung der europäischen Grenzschutztruppe Frontex bestehen.

Nicht nur in Frankreich fragen sich die Beobachter jedoch, welchen Handlungsspielraum Bundeskanzlerin Angela Merkel noch hat, um gemeinsam mit dem französischen Partner diese ambitionierte Agenda umzusetzen. Warum geschieht der Aufbruch so zögerlich, warum ist nichts zu spüren vom Elan und der neu gefundenen Leidenschaft, mit der sich Emmanuel Macron im Wahlkampf zu Europa und zur deutsch-französischen Freundschaft bekannt hatte? Und dies trotz der gesellschaftlichen Entwicklungen, die auch in Deutschland zu spüren sind – immerhin nahm die pro-europäische Bürgerinitiative „Pulse of Europe" hier ihren Ausgang, immerhin können sich 57% der

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Bundesbürger (Forsa-Institut für RTL/n-tv, 4.6.2018) vorstellen, für eine Partei wie Macrons „En Marche“ zu stimmen. Vielleicht ist es gerade die zunehmende Politisierung der Europapolitik über Grenzen hinweg, die die Bundeskanzlerin so zurückhaltend agieren lassen. Denn die beschriebene Dynamik macht sich nicht nur „pro-europäisch“ bemerkbar. Die zehn Jahre andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise in den Kernstaaten der Europäischen Union, das Erstarken rechtspopulistischer und anti-europäischer Kräfte in fast allen Mitgliedstaaten, und die überall zu spürende Skepsis und Ablehnung der politischen Eliten haben dazu geführt, dass die Verhältnisse in Bewegung geraten sind. Diese die ganze Union erfassende Krise scheint in ihrer Dynamik und Wucht den nationalen politischen Akteuren nur begrenzt zugänglich. Hat dieses Phänomen das Potential, die etablierten Verhältnisse nachhaltig durcheinander zu wirbeln? Das wird von der gemeinsamen Antwort abhängen.

Die Themen und Veranstaltungen des Deutsch-Französischen Instituts und seiner Partner sind dabei ein guter Gradmesser für den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen und für die Themen der gesellschaftlichen Debatten in Europa. Im Frühjahr 2018 spiegeln sie einerseits die neugewonnene Dynamik und den neu gefundenen Willen, die europäischen Verhältnisse gemeinsam zu gestalten, wider. Andererseits steht die Frage im Raum, ob wir nicht einem jener historischen Umbrüche beiwohnen, die über Jahrhunderte gewachsene Selbstverständlichkeiten in Frage stellen.

Vom 6. bis 8. Juni veranstaltete das dfi zusammen mit der Asko Europastiftung den 20. Deutsch-Französischen Dialog in der Europäischen Akademie in Otzenhausen (s. gesonderter Bericht). Thema war „Bürgerbeteiligung in der EU: Of the people, by the people, for the people?“. Der Bezug auf Abraham Lincolns berühmte Trias am Ende seiner „Gettysburg Adress”, auf einem der Schlachtfelder des amerikanischen Bürgerkriegs gehalten, verdeutlicht die grundsätzliche Bedeutung unserer Fragestellung. Kann es einer selbst konstituierten und aus freien Gründen verbundenen Gemeinschaft aus Bürgern dauerhaft gelingen, sich zu einer politischen Einheit zu verbinden, unabhängig von Herkunft, Geschichte, Sprache oder religiöser Überzeugungen? Kann ein solches politisches Gemeinwesen nach den Grundsätzen demokratischer Gleichberechtigung und Teilhabe über gemeinsame Schicksalsfragen entscheiden? Das ist der Anspruch auch der Europäischen Union, und die Bedingung ihrer Existenz, wie der französische Präsident in seiner Rede an der Sorbonne überzeugend dargelegt hat. Macron hat bereits in seinem Wahlkampf gezeigt, dass er das Bedürfnis nach mehr demokratischer Teilhabe und Partizipation auch in der Europapolitik verstanden hat. Es wird sich noch zeigen müssen, ob seine Strategie der „Europäischen Bürgerkonferenzen“, die derzeit in vielen Ländern der Union stattfinden, das nötige Maß an Verbindlichkeit, an Inklusivität und Relevanz entwickeln kann, um den Ansprüchen der europäischen Zivilgesellschaft zu genügen. Noch sind sich die Beobachter uneinig, welchen politischen Plan Emmanuel Macron damit verfolgt, wie ernst es ihm mit der „Partizipation“ ist – oder läuft doch alles auf einen letztendlich unverbindlichen Konsultationsprozess hinaus, dessen Resultate in den politischen Prozess einfließen oder nicht, denen jedoch keine in irgendwelcher Weise verbindliche Bedeutung zukommt?

Frédéric Petit, Abgeordneter der Auslandsfranzosen, nimmt an der Podiumsdiskussion des dfi teil. Quelle: dfi.

Die Jahreskonferenz des dfi am 28. und 29. Juni (s. gesonderter Bericht) versuchte, dem Phänomen Macron auf den Grund zu gehen und die Bedeutung, die seinem Aufstieg und seiner Bewegung für ganz Europa zukommen, einzuordnen. Dabei sollte die Politik des französischen Präsidenten in den Kontext der beschriebenen Krise der repräsentativen Demokratien in Europa eingeordnet werden. Verfängt das Argument Macrons, dass das zentrale Problem gerade nicht in der Einschränkung der nationalen Handlungsfähigkeit durch die Europäische Union bestehe, sondern dass die EU das wichtigste Element für eine gemeinsame Lösung der zentralen Herausforderungen darstellt? Wie müsste die EU dann weiterentwickelt werden, um das Vertrauen der Bürger in die Politik – auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene – wieder herzustellen, die demokratische Qualität der Entscheidungsprozesse zu verbessern und gleichzeitig politische Entscheidungsfähigkeit und Problemlösungsfähigkeit in den großen Zukunftsfragen zu demonstrieren?

Aus Macrons Sicht ist dafür nichts weniger als eine „Neubegründung“ (*refondation*) Europas nötig, und die nächsten Wochen und Monate müssen zeigen, ob die gemeinsam ausgearbeiteten Reformvorschläge diesem Anspruch gerecht werden. Noch wichtiger wird aber sein, ob sie sich zu einem Gesamtpaket schnüren lassen, dem eine Mehrheit der Bürger in Frankreich und Deutschland und darüber hinaus bei den Europawahlen 2019 zustimmt. Erst dann wird sich sagen lassen, welche Rolle die Weichenstellungen auf den Gipfeln im Juni 2018 für die Zukunft des deutsch-französischen und des europäischen Projekts gespielt haben.

Stefan Seidendorf ▸ seidendorf@dfi.de

Michaela Wiegel, Frank Baaser, Frédéric Petit (v. l. n. r.) und das Publikum. Quelle: dfi.

XXXIV. Jahrestagung des dfi

Frank Baasner (mi.) im Gespräch mit Joachim Schild (li.) und Bruno Vever (re.). Quelle: dfi.

In Anbetracht der politischen Veränderungen, die sich mit der Wahl Emmanuel Macrons im vergangenen Jahr für Frankreich ergaben, rückte die diesjährige Jahrestagung des dfi, die am 28. und 29. Juni in Ludwigsburg stattfand, aktuelle Veränderungen in repräsentativen Demokratien in den Mittelpunkt. Die Tagung wurde in Kooperation mit der Deutsch-Französischen Hochschule organisiert und ermöglichte zahlreichen Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen eine Teilnahme.

Inhaltlich wurde über die Veränderungen in Frankreich hinaus der Blick auf Anpassungs- und Veränderungsprozesse gerichtet, die auch andere europäische Länder und die Europäische Union als Ganzes betreffen. Dazu zählen das Entstehen neuer politischer Bewegungen, das Erstarken populistischer Strömungen, die Schwierigkeiten der Mobilisierung im linken politischen Lager, aber auch die vielerorts zu beobachtende Verjüngung der Politik und die Frage, wie die Rückbindung der Bürger an politische Systeme gelingt.

Joachim Schild, Professor für Politikwissenschaft (Vergleichende Regierungslehre) an der Universität Trier, betonte mit Blick auf Macrons Europapolitik, dass dieser ein umfassendes, in sich kohärentes Programm vorlegte und Frankreich in einer Führungsrolle sieht. Der Präsident zeichne sich durch eine hohe Konfliktbereitschaft aus und sei bereit, seine Agenda auch unter Gefahr vertiefter Spaltungslinien durch Formen der verstärkten Zusammenarbeit zu realisieren. Gleichzeitig sieht der Politologe, dass durch die zunehmende Politisierung Europapolitik stärker an innenpolitische Prozesse gekoppelt ist und in manchen Bereichen Vetokoalitionen entstehen, die keine positive Agenda verfolgen, sondern lediglich verhindern wollen. Bruno Vever, der die europäischen Prozesse unter anderem aus seiner Funktion als Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kennt, kritisierte, dass heute zu viel in Europa intergouvernemental geregelt würde, wobei doch genau jene Bereiche besonders gut funktionierten, die dem unmittelbaren Einfluss der Nationalstaaten entzogen sind – wie die Zollunion. Europa wird, so sein Credo, nicht dafür kritisiert, was es macht, sondern dafür, was ihm nicht gelingt.

Till Kuhnle, Universität Limoges, Dominik Grillmayer (dfi), Henri Lastenouse (Sauvons l'Europe). Quelle: dfi.

In zwei Ateliers am Freitagmorgen wurden einzelne Aspekte anhand von jüngeren Forschungsergebnissen und den Beiträgen erfahrener Experten weiter vertieft. Dabei ging es neben den Bedingungen und Konsequenzen des Wahlsiegs Macrons auch um die Auswirkungen auf dessen politische Widersacher. Die sich abzeichnenden Veränderungen wurden dabei nicht nur aus politischer, sondern auch aus gesellschaftlicher Perspektive beleuchtet.

Eileen Keller keller@dfi.de

Das Publikum der Jahrestagung. Quelle: dfi.

Eileen Keller (dfi) und die Nachwuchsforscher Robert Lukenda (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) und Florian Engels (Universität Bonn). Quelle: dfi.

Frank Baasner (mi.) im Gespräch mit Michaela Wiegel, FAZ, und Frédéric Petit, Abgeordneter der Auslandsfranzosen in Deutschland und Zentraleuropa. Quelle: dfi.

Das Publikum im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses. Quelle: dfi.

Feierliche Abendveranstaltung im Ludwigsburger Schloss

Im Rahmen einer feierlichen Abendveranstaltung im Ordenssaal des Ludwigsburger Residenzsschlosses diskutierten Michaela Wiegel, politische Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Frankreich, und Frédéric Petit, Abgeordneter der Auslandsfranzosen in Deutschland und Zentraleuropa in der französischen Nationalversammlung, gemeinsam mit Frank Baasner über Macrons innenpolitische Bilanz nach einem Jahr im Amt und Perspektiven der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Die aktuelle Arbeit an einem neuen Elysée-Vertrag kam dabei ebenso zur Sprache wie die vom französischen Präsidenten in seiner Sorbonne-Rede vom September 2017 angestoßenen Diskussionen über eine Weiterentwicklung der Europäischen Union, die zwar in einigen Bereichen (wie der gemeinsamen Verteidigungspolitik) erste Ergebnisse erbracht haben, in der wichtigen Frage einer Reform der Eurozone aber noch am Anfang stehen und sich trotz der auf Schloss Meseberg unterzeichneten deutsch-französischen Erklärung als sehr schwierig erweisen dürften.

Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt und Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit, wandte sich per Videobotschaft an die über 400 geladenen Gäste der Veranstaltung, da er wegen einer wichtigen Auslandsreise nicht wie geplant an der Jahrestagung teilnehmen konnte.

Eileen Keller ▸ keller@dfi.de

Videobotschaft von Michael Roth, MdB, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt. Quelle: dfi.

Hoher Besuch im dfi

Botschafterin Anne-Marie Descôtes zu Besuch

Partner, Förderer und Mitarbeiter des Instituts mit der Botschafterin. Quelle: dfi

Oberbürgermeister Werner Spec, Anne-Marie Descôtes und Frank Baasner im Rathaus. Quelle: dfi.

Botschafterin Anne-Marie Descôtes war am 13. Juni 2018 zu einem Besuch ins Institut gekommen. Damit setzt sie eine lange Tradition fort, die bis in die 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückreicht. Die französischen Botschafter haben zum dfi stets einen engen Kontakt gepflegt.

Im Gespräch mit Partnern und Mitarbeitern des dfi informierte sie sich über unsere aktuelle Arbeit und berichtete aus der Zusammenarbeit der beiden Regierungen.

Frank Baasner ▸ baasner@dfi.de

Botschafterin Anne-Marie Descôtes zu Besuch im dfi. Quelle: dfi.

Die europäische Zivilgesellschaft

Neue Dynamik und neue Instrumente für eine effektive Bürgerbeteiligung

Das Ergebnis des 20. Deutsch-Französischen Dialoges in Otzenhausen: Bürgerdialog sollte mehr sein als nur eine Art gebündelter Meinungsäußerungen.

Bürgerschaftliches Engagement für Europa ist keine neue Erfindung, sondern schon seit vielen Jahren ein wichtiges Thema. Ein „Europa der Bürger" wird dabei als Reaktion auf das angebliche Demokratiedefizit der Europäischen Union und als Heilmittel gegen die zunehmende Entfremdung zwischen Bürgern und Politik gepriesen. Die europäische Ebene der Partizipation ist in den meisten Bereichen die vom Bürger am weitesten entfernte Entscheidungsebene, in der die praktischen und intellektuellen Hindernisse für ein deliberatives Verfahren besonders groß sind, gemessen an Kriterien wie Entfernung zwischen den Bürgern, Überwindung sprachlicher Hürden sowie die hohe Komplexität und das Abstraktionsniveau der Verfahren und Themen.

Die öffentliche Veranstaltung am 8. Juni 2018 im Europaeum wurde als sog. „Fish Bowl" gestaltet. Quelle: DFD.

Die Krise des repräsentativen Modells auf europäischer Ebene hat in den letzten Jahren auf zahlreiche Mitgliedsländer und deren nationale Politik übergegriffen. (Rechts)Populismus, Fake-News und Hate-Speech, Verschwörungstheorien, Lügenpresse und das angebliche Monopol etablierter Medien und „des Systems" sowie das Gefühl der Exklusion auf der anderen Seite sind Ausdruck dieser Krise und befeuern den Wahlerfolg extremistischer, systemablehnender Bewegungen. Zeit also, über (neue) Partizipationsmethoden nachzudenken. Doch wie können solche partizipativen Verfahren inklusiv und repräsentativ organisiert werden; wie können sie ein der Komplexität der Themen und Verfahren angemessenes Reflektionsniveau erreichen; wie können sie Legitimität beanspruchen und Eingang in den politischen Prozess finden?

Dialogue Franco Allemand – Penser l'Europe de demain
Deutsch Französischer Dialog – Europa weiter denken

Ungeachtet der schon lange engagierten Vertreter einer europäischen Bürgerschaft, ist durch Emmanuel Macron ein frischer Wind in die Sache gekommen mit den „consultations citoyennes". Der Wunsch nach neuen Formen und mehr Dynamik scheint sich in Europa also insgesamt Bahn zu brechen. Politikverdrossenheit, Distanz zwischen europäischen Entscheidungsverfahren und dem Alltag der Bürger, das Gefühl mangelnder Repräsentativität und Legitimität, die Unzufriedenheit mit der aus Sicht der Bürger oft ineffizienten Probemlösungen durch die in Brüssel und Straßburg getroffenen Entscheidungen – all das sind Elemente, die der heutigen politischen Realität entsprechen und die Frage nach der richtigen Mischung zwischen „Repräsentation" und „Partizipation" immer dringlicher erscheinen lassen.

Frank Baasner bei der Präsentation der Tagungs-Ergebnisse. Quelle: DFD.

Der Deutsch-Französische Dialog (DFD) in Otzenhausen stellt seit seinen Anfängen vor 20 Jahren selbst ein Instrument der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements in und für Europa dar. Wie in den letzten Jahren etabliert, ergibt sich sein besonderer Wert aus der Verbindung eines hohen inhaltlichen Anspruchs, der Diskussion dieser Inhalte vor Ort zwischen Experten und Praktikern aus ganz Europa sowie der Kommunikation der Ergebnisse an politische und gesellschaftliche Entscheidungsträger in einem Format, das Sichtbarkeit und Einfluss auf die öffentliche Debatte über den Tag hinaus gewährleistet. Im zwanzigsten Jahr seines Bestehens, und vor dem Hintergrund der Debatte über Bürgerbeteiligung in Europa, widmete sich der Dialog dem hochaktuellen Thema direktdemokratischer Partizipation in Europa unter dem Titel: „Bürgerbeteiligung in der EU: Of the people, by the people, for the people?" Engagierte Vertreter europäischer Basisstrukturen, führende Wissenschaftler und Aktivisten für Beteiligungs- und Partizipationsverfahren kamen nach Otzenhausen und diskutierten vom 6. bis 8. Juni 2018 an der Europäischen Akademie über die unterschiedlichen Blickwinkel und Erfahrungen, um zentrale Botschaften in die öffentliche europäische Debatte zu kommunizieren.

Der Blick richtete sich dabei einerseits auf die Europawahl 2019 und die von Präsident Macron betriebene „Neugründung" der EU, andererseits auf die besondere Rolle, die partizipative Verfahren wie beispielsweise Bürgerdialog oder Netzwerkgovernance bei der Vergesellschaftung, Mobilisierung und Aneignung transnationaler, europäischer Räume entlang der europäischen Binnengrenzen spielen könnten, ergänzend zu den im nationalen Rahmen etablierten Formen repräsentativer Demokratie. Leitthemen, die in den Arbeitsgruppen intensiv diskutiert wurden, bezogen sich insbesondere auf: a) normative Aspekte partizipativer und direktdemokratischer Instrumente, b) neue Instrumente zur Mobilisierung und Aktivierung von Bürgern, c) das Potential der etablierten Formen bürgerschaftlichen Engagements in der EU bei der Entwicklung formalisierter Bürgerbeteiligung.

Der „innere Kreis": Podiumsteilnehmer bei der öffentlichen Veranstaltung (u.a. Christophe Arend mit Mikrophon). Quelle: DFD.

Es wurden zunächst verschiedene Ebenen von Partizipation diskutiert, um unterschiedliche Handlungsbereiche sichtbar zu machen. Dabei konnten einige Erfolgsfaktoren für die effektive Bürgerbeteiligung identifiziert werden, die nach dem Baukastensystem angewendet werden kön-

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

nen. Zunächst muss man jedoch grundsätzlich zwischen zwei verschiedenen Formen von Partizipation unterscheiden, die sich in unterschiedlichen Zuständen befinden:
a) strukturierte Partizipation: eher formell mit Instrumenten und Regeln
b) nichtstrukturierte Partizipation: eher informell und emotional besetzt, wobei das politische Engagement häufig aus einer tiefemotionalen Stimmung geboren wird (politische Bewegungen, wie z.B. „Pulse of Europe"); Kennzeichen dieser Form der Partizipation sind eine starke Motivation, Marketing ohne Ressourcen, offene Rekrutierung, Selbstorganisation sowie die mögliche Schwierigkeit, sein Begehren zu formulieren und an die richtigen Stellen zu kommunizieren.

Es existiert dabei nicht „das EINE" Instrument für alle Fälle von Bürgerbeteiligung, sondern das partizipative Instrument muss an den jeweiligen Bedarf angepasst werden. Beiden Formen gemeinsam ist jedoch der Wunsch, etwas für das Gemeinwohl zu tun. Unter den Aspekten von Effektivität und Nachhaltigkeit betrachtet, ist eine Art von „strukturierter Partizipation" sicherlich sinnvoll mit einem (mehr oder weniger) professionellen Management der partizipativen Struktur. Die in Otzenhausen zusammengekommenen Vertreter konnten sich dabei vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Erfahrung auf vergleichbare Handlungsempfehlungen verständigen. Ein „Vier-Stufen-Plan" (die vier W's) für eine strukturierte Partizipation könnte folgendermaßen aussehen:

1. Zielsetzung: warum machen wir das?; wichtige Kriterien hierfür sind: Vermittlung von Information, Transparenz, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Dialogfähigkeit, Wertschätzung, Akzeptanz, Qualitätssicherung

2. Form: wie wird es organisiert? (z.B. moderierte Diskussion oder eher Brainstorming)
Die sog. „Planungszelle" ist eine Möglichkeit, wie man einen Bürgerdialog machen kann. Weitere methodische Instrumente, um Bürgerdialoge durchzuführen, sind: z.B. Fokusgruppen, Runder Tisch oder Workshops. Festhalten lässt sich auf jeden Fall, dass maßgeschneiderte Formen für ergebnisorientierte Bürgerdialoge sicherlich zielführend sind.

3. Beteiligte: wer soll eingeladen werden? (z.B. Zufallsbürger oder klare Auswahl unter Berücksichtigung einer möglichst umfassenden Gruppen- und Meinungsvielfalt)

4. Output/Ergebnis: was soll dabei herauskommen? (z.B. Gutachten, Empfehlungen)

Intensiver Austausch in den Arbeitsgruppen. Quelle: DFD.

Frank Baasner, Claire Staudenmayer und Christophe Arend zusammen mit dem Europabeauftragten des Saarlandes Roland Theis. Quelle: DFD.

Welche Verbindlichkeit kommt den Resultaten zu? Müssen die politischen Verantwortungsträger z.B. dokumentieren, wann bestimmte Vorschläge nicht berücksichtigt werden?

Manche Städte arbeiten an einem Katalog von Handlungsempfehlungen für Beteiligungsverfahren. Diese beinhalten u.a. folgende Punkte:

- es muss ein klares Mandat geben
- die Anschlussfähigkeit muss vorher geprüft werden, d.h. was passiert mit den Ergebnissen und passen die Ergebnisse überhaupt in die laufenden politischen Prozesse?
- Setzen von „Leitplanken", d.h. der Verhandlungsspielraum der Beteiligung muss klar sein (worum geht es: geht es um das „ob", das „wie" oder das „wo"?); dies sind wichtige Kriterien, die berücksichtigt werden müssen, um die Diskussionen in die richtigen Bahnen zu lenken und ein Mäandern im leeren Raum zu vermeiden
- welche Beteiligten sollen eingeladen werden und in welcher Zusammensetzung (hängt vom Thema ab)?
- Welche finanzielle und personelle Ressourcen stehen zur Verfügung?
- Wie wird der Bürgerdialog kommuniziert? Wie wird eingeladen (ist oft von den Beteiligten abhängig)?
- Umgang mit „Konsequentialität": man muss sich darüber im Klaren sein, dass Partizipation auch Folgen hat, die sich zum einen als erhöhter Verwaltungsaufwand darstellen und zum anderen in einem Erwartungsmanagement resultieren (Bürger erwarten, dass Versprechen eingehalten werden).

Trotz der zahlreichen Vorteile einer strukturierten Partizipation darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass es in manchen Beteiligungsprozessen auch einfach nur um Beratung und Information der Bürger gehen kann. Nicht alle Bürgerdialoge sind eine richtige Anhörung. Bürgerbeteiligung ist für Städte oft auch eine Art „Krisenmanagement" im Vorfeld, d.h. eine Präventionshandlung, um Bürger in einen Entscheidungsprozess von Anfang an einzubeziehen und größere Proteste zu vermeiden. Manchmal ist die Beteiligung der Bürger aber auch genau das, nämlich „protestmotiviert", und erfolgt erst als Reaktion auf ein Aufbegehren der Bürger (Partizipation als „Therapie").

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Bürgerdeliberation besser funktioniert als ihre Kritiker vermuten, doch stellen sich Probleme von Konsequentialität und demokratischer Legitimität. Ein problembasiertes Denken sowie Re-Politisierung sind wichtig. Bürgerkonsultationen sollten immer einen Mehrwert darstellen und nicht einfach nur die Meinung von Experten wiedergeben. Zudem sind hybride Formen der Bürgerbeteiligung sinnvoll, d.h. eine Kombination von Bürgerdeliberation mit direkter Demokratie (vgl. Schweiz, wo ein repräsentatives System moderatere Gegenvorschläge gegen Referenden entwerfen kann, die dann meistens auch auf Zustimmung stoßen).

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob man radikale Meinungen in deliberative Prozesse einbinden soll. Als Augenöffner können solche Meinungen sogar durchaus hilfreich sein, selbst wenn sie ein Störfaktor sein sollten, der unter Umständen nur schwer zu akzeptieren ist. Wer Konflikte austragen will, muss sich persönlich begegnen, was nicht über Online-Plattformen funktioniert. Darüber hinaus ist eine Strukturierung der Debatte von zentraler Bedeutung, ggfs. eine Art Moderation sowie die Bereitstellung von Infomaterial.

Susanne Gehrig ▸ gehrig@dfi.de

Fortbildungsangebot für Kommunalpartnerschaften

Basierend auf seiner langjährigen Erfahrung und den Ergebnissen der großen Partnerschaftsstudie[1] bietet das Deutsch-Französische Institut (dfi) mit finanzieller Unterstützung des Staatsministeriums Baden-Württemberg ein Fortbildungsmodul für Partnerschaftsverantwortliche aus der Verwaltung und ehrenamtlichen Vertretern aus den baden-württembergischen Kommunalpartnerschaften mit europäischen Partnern an.

Im Rahmen des eintägigen Fortbildungsangebots stehen der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung der Teilnehmenden im Mittelpunkt.

[1] *Städtepartnerschaften - den europäischen Bürgersinn stärken. Eine empirische Studie. Bertelsmann Stiftung und Deutsch-Französisches Institut, 2018, https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/staedtepartnerschaften-den-europaeischen-buergersinn-staerken/*

Frank Baasner bei der Themensetzung für den Erfahrungsaustausch. Quelle: dfi.

Außerdem erhalten diese neuen Impulse für die Partnerschaftsarbeit durch Experten aus unterschiedlichen Bereichen. Im Rahmen einer Pilotphase, die fünf Veranstaltungen umfasst, wird das Angebot weiterentwickelt und an die Bedürfnisse der Teilnehmer angepasst. Anschließend kann es von interessierten Institutionen angefragt werden.

Die ersten beiden Veranstaltungen fanden im Juli in Heilbronn und Pforzheim statt. Weitere Workshops folgen am 14. September 2018 in Emmendingen, am 19. Oktober 2018 in Karlsruhe und im späten Herbst in Reutlingen.

Link zur Pressemeldung des Landes:
▸ https://europadialog.baden-wuerttemberg.de/de/expertenforum/presse/pressemitteilung/pid/land-foerdert-kommunale-partnerschaften/

Kontakt: Eileen Keller ▸ keller@dfi.de

On y va – Seminar in Frankreich

Freitag, 22. Juni 2018, 17 Uhr. Ein Hotel in der Altstadt von Lille in Nordfrankreich. 25 Vertreter der On y va-Projekte, Ehemalige und weitere interessierte Personen treffen ein.

Auch wenn die Streiks bei der französischen Bahn einige Probleme bereitet haben, alle Teilnehmer sind angekommen. Das On y va - Seminar kann beginnen, es geht drei Tage lang um Begegnung, Austausch und praktische Aktivitäten. Wir starten mit einer Europakarte, auf der alle ihr Porträt auf ihren Wohnort pinnen.

Das Seminar ist organisiert vom dfi und gliedert sich in drei Teile. Zu Beginn können sich die Teilnehmer in ihren jeweiligen Projektteams zusammenfinden. Sie lernen die anderen Teilnehmer kennen und stellen ihre Projekte vor. Dafür ist keine frontale Präsentation vorgesehen, auch kein PowerPoint. Ein Frage-Antwort-Spiel bringt die Teilnehmer viel mehr dazu, miteinander in Kontakt zu treten und im Gespräch ihre Projekte zu erläutern. Es schließen sich Arbeitsgruppen um zentrale Fragen der internationalen Projektsteuerung an: Wie kann ich mein Projekt sichtbar machen? Welche Medien stehen mir zur Verfügung und wie kann ich sie sinnvoll einsetzen? Wie kommuniziert man in einem internationalen Team? Wie plant und verwaltet man ein Budget? Begleitet vom dfi und externen Referenten können die Teilnehmer ihre eigenen Erfahrungen einbringen und Ideen und Tipps teilen.

Am Sonntag, dem letzten Seminartag, widmen sich die Teilnehmer drei Themen, die sie alle betreffen: Europa, soziales Engagement und Sprachen. Kein klassischer Workshop hier, sondern eine künstlerische Auseinandersetzung mit den Themen. Mit Unterstützung eines Schauspielerteams kreieren die Teilnehmer kleine Theaterstücke, die sie anschließend der ganzen Gruppe präsentieren.

Für interessierte Personen ist das Seminar auch sehr nützlich. Sie informieren sich ausführlich über die Teilnahmebedingungen von On y va, sie knüpfen Kontakte und finden im Idealfall neue Partner. Gleichzeitig profitieren sie von den Erfahrungen der bereits geförderten Teams und holen sich Tipps für Antragstellung und Projektdurchführung.

In den drei Tagen entstehen immer wieder neue Ideen und die Teilnehmer nutzen jede Gelegenheit, auch Kaffeepausen und Mahlzeiten, um sich auszutauschen. Bereits beim ersten Abendessen im nordfranzösischen Lokal ist die gute Atmosphäre und die Synergie der Gruppe spürbar. Und alle, Deutsche oder nicht, teilen am Samstag dieselbe Freude, als die deutsche Mannschaft kurz vor Schluss das siegbringende Tor schießt.

Das Programm On y va – auf geht's – let's go!, gefördert von der Robert Bosch Stiftung, geht weiter. Der nächste Bewerbungsschluss ist am 4. Oktober 2018. Das nächste Seminar wird vom 30. November bis 2. Dezember voraussichtlich in Ludwigsburg stattfinden.

Bénédicte King ▸ ideenwettbewerb@dfi.de

Die Teilnehmer nach dem Theaterworkshop. Quelle: dfi.

Wie schreibe ich eine Pressemitteilung? Übung zur Öffentlichkeitsarbeit. Quelle: dfi.

Einwanderungsland Frankreich
Ein Forschungsseminar in der Frankreich-Bibliothek

Bereits seit dem 19. Jahrhundert ist Frankreich ein Einwanderungsland, insbesondere aber seit der Dekolonialisierung in den 1960er Jahren.

Bei einem Forschungsseminar in der Frankreich-Bibliothek des dfi befassten sich acht Studentinnen der Universität Kassel zusammen mit ihrem Professor Jörg Requate mit dieser jüngeren Einwanderung und gingen dabei folgenden Fragen nach:

- Wie ist Frankreich seitdem mit den verschiedenen Arten der Einwanderung umgegangen?
- Wie hat sich dieser Umgang verändert?
- Was bedeutete dies für die Einwanderer?

In Anbetracht der in Ludwigsburg vorgefundenen Materialfülle waren die Teilnehmerinnen zunächst etwas erschlagen und mussten erst einmal für sich klären, wie sie ihr Thema anpacken sollten. Doch im Lauf der Tage gelang es ihnen allen, sich zu orientieren und ihrer Fragestellung zielgerichtet nachzugehen. Am Ende ihres Aufenthalts hatte jede Studentin hinreichend Material für ihre Hausarbeit gefunden, die sie in den kommenden Monaten schreiben wird.

Die Studentinnen aus Kassel in der Frankreich-Bibliothek. Ganz oben: Prof. Jörg Requate. Quelle: dfi.

Claudia T., Studentin auf Lehramt im Gymnasialbereich in den Fächern Bildende Kunst und Französisch:
„Ich habe mich mit den migrationspolitischen Positionen und dem Verständnis von nationaler Identität der Präsidentschaftskandidaten im Wahlkampf 2017 beschäftigt. Das Thema ‚nationale Identität' hat Nicolas Sarkozy während der Vorwahlen der bürgerlichen Rechten gesetzt und es wurde von rechten Kandidaten, insbesondere Marine Le Pen, mit Verve aufgegriffen, wohingegen linke Kandidaten wie Benoît Hamon oder Jean-Luc Mélenchon sich kaum damit beschäftigt haben. Emmanuel Macron hat die Identitätsfrage in die nach einer ‚kulturellen Identität' umgedeutet, die sich vor allem über die französische Sprache definiert. Es hat mich überrascht, wie viel Raum diese eher theoretische Frage in der französischen Debatte eingenommen hat. Vor allem wenn man bedenkt, dass Wirtschaftsthemen oder das eigene Wohlbefinden für die Wahlentscheidung des einzelnen Wählers eine viel wichtigere Rolle spielen. Hier in Ludwigsburg habe ich vor allem mit Presseartikeln gearbeitet, da leider noch kaum wissenschaftliche Literatur zum Wahlkampf 2017 verfügbar ist."

Isabelle D., Studentin auf Lehramt im Gymnasialbereich in den Fächern Politik und Wirtschaft und Französisch:
„Wie hat sich der Umgang damit, dass Frauen in der Öffentlichkeit ein Kopftuch tragen, zwischen 1989 und 2004 entwickelt? Beim Studium verschiedener Presseartikel zu dieser Frage ist mir aufgefallen, dass dies wohl erst zu einem Problem geworden ist, als der Gesellschaft bewusst wurde, dass die meisten Einwanderer aus den nordafrikanischen Ländern nach getaner Arbeit nicht wieder nach Hause zurückkehren werden, sondern gekommen sind, um zu bleiben. Bis dahin hatte man die kulturelle Bildung und religiöse Betreuung der Migranten weitgehend ihren Herkunftsländern überlassen. 1989 erreichte die Diskussion über das Kopftuch einen ersten Höhepunkt als drei Mädchen in Lyon deswegen von der Schule verwiesen wurden. Sogar Danielle Mitterrand, die Frau des damaligen französischen Präsidenten, hat sich seinerzeit für sie eingesetzt und gefordert, dass sie auch mit Kopftuch am Unterricht teilnehmen dürften. Interessant fand ich, dass sich damals auch Vertreter anderer Religionen, z.B. des Juden- und des Christentums, für die Mädchen und das Tragen religiöser Symbole eingesetzt haben und so versucht haben, die Debatte über religiöse Symbole in der Öffentlichkeit auch auf ihre Religionen auszuweiten."

Sonja N., Studentin auf Lehramt im Gymnasialbereich in den Fächern Deutsch und Französisch:
„Mein Thema war ein Vergleich der Berichterstattung über die Unruhen in den *Cités* im November 2005. Dazu habe ich ca. 20 längere Artikel aus den Tageszeitungen Le Figaro und Libération ausgewertet und festgestellt, dass in diesen Zeitungen sehr unterschiedlich, ja fast schon gegensätzlich, über die Ausschreitungen berichtet wurde. Während sich die Journalisten der Libération sehr für die Lebensumstände der Bewohner dieser Viertel interessiert haben und bemüht waren, zu zeigen, dass die meisten Menschen dort einfach in Ruhe leben wollen und eine ausgewogene Sicht auf die Situation haben, stellte der Figaro die Dinge fast ausschließlich aus dem Blickwinkel der Polizei dar und unterstützte recht vorbehaltlos die Linie des damaligen Innenministers und späteren Präsidenten Nicolas Sarkozy. Eine differenzierte Darstellung der Bevölkerung der betroffenen *Banlieues*, die ja auch sehr unter den Ausschreitungen zu leiden hatte, war im Figaro nicht zu lesen, vielmehr wurde sie als ausländisch dargestellt und sogar die Forderung erhoben, Unruhestiftern, die zwei Staatsangehörigkeiten haben, die französische Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Erstaunt hat mich, dass die religiöse Zugehörigkeit der Bewohner der *Cités* sowohl in der Libération als auch im Figaro keine Rolle spielte."

Martin Villinger ▸ villinger@dfi.de

„Ein schlimmes Jahr im Exil?“

Vortrag und Diskussion mit den Historikern Maude und Nicholas Williams über die Evakuierungen an der deutsch-französischen Grenze 1939 und das innere Exil der Betroffenen 1939 – 1940.

In den frühen Septembertagen des Jahres 1939 wurden entlang der deutsch-französischen Grenze auf beiden Seiten über 1,5 Millionen Menschen evakuiert. Dieses Kapitel der pfälzischen, badischen, saarländischen, elsässischen und lothringischen Geschichte trat – aus nachvollziehbaren Gründen – trotz seiner Verankerung im regionalen Gedächtnis lange hinter die Erforschung anderer Themen des Zweiten Weltkriegs zurück.

In einem internationalen Forschungsprojekt wurden nun Vorbereitung, Durchführung und Auswirkung der Evakuierungen in Frankreich und Deutschland untersucht. So gelangte man auch zu Erkenntnissen über die Funktionsweise der staatlichen Verwaltungen in beiden Ländern.

Irrende Katzen im 1939 von seinen Einwohnern verlassenen Straßburg. Quelle: Foto von Henri Carabin, Archives de la Ville et de l’Eurométropole de Strasbourg (1 Fl 8/43l).

Die dabei entstandenen Forschungsarbeiten beschäftigen sich nicht nur mit der Evakuierung selbst, sondern auch mit militärischen und kommunikativen Gesichtspunkten, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit der Räumung des Grenzgebietes und sogar dadurch verursachten kirchlichen Herausforderungen.

Maude und Nicholas Williams waren an dem Projekt beteiligt und werden am Mittwoch, den 26. September 2018 um 18:30 Uhr im Deutsch-Französischen Institut ihre Dissertationen vorstellen. Nicholas Williams wird zunächst einen kurzen Überblick über das Gesamtvorhaben geben und erläutern, welche Erkenntnisse er bei seiner Arbeit über die Vorbereitungen und den Ablauf der Evakuierungen gewonnen hat. Davon ausgehend wird Maude Williams über ihre Erforschung der Kommunikation in Kriegsgesellschaften am Beispiel der Evakuierungen berichten.

Wir laden Sie herzlich zu dieser Veranstaltung ein und bitten um Anmeldung bis zum 24. September 2018:

Mail: villinger@dfi.de
Post: Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Fax: +49 (0)7141 93 03 50

Azubi-Bacpro – grenzüberschreitende Kooperationserfahrung in der Berufsbildung

dfi compact Nr. 16 ist erschienen

dfi compact Nr. 16: Azubi-Bacpro – grenzüberschreitende Kooperationserfahrung in der Berufsbildung, Deutsch-Französisches Institut, Juli 2018, 150 Seiten.

In Frankreich in die Berufsschule, die betrieblichen Ausbildungsphasen in Deutschland – oder umgekehrt: Diese scheinbar einfache Idee möchte das Projekt „Azubi-Bacpro“ verwirklichen. Die Initiative, die vom Kultusministerium Baden-Württemberg und der staatlichen Schulbehörde im Elsass entwickelt wurde, stößt bei der Verwirklichung jedoch auf vielfältige Hindernisse.

Besonders die Frage der gegenseitigen Anerkennung der Abschlüsse erweist sich als extrem kompliziert, aber auch die konkrete Umsetzung des Projekts „vor Ort“ stellen den „Pilotjahrgang“ vor ernsthafte Probleme. Dem begegnen die Projektverantwortlichen mit dem Rückgriff auf die bewährten Instrumente deutsch-französischer Schulkooperation. Verstärkter Sprachunterricht, Schüleraustausch und Projektarbeit sowie ein neues, deutsch-französisches Schulfach „interkulturelle Kompetenz“ sollen die Projektteilnehmer auf ihre betriebliche Ausbildungsphase im Partnerland vorbereiten und sie begleiten. So soll ein der Lebenswirklichkeit der Berufsschülerinnen und -schüler angemessenes Angebot entstehen.

Die vorliegende Studie handelt vom Umgang mit den genannten Schwierigkeiten auf Seiten der französischen Schüler und der deutschen Unternehmen. Die beiden Autoren konnten die Umsetzung des Projekts an vier französischen „Pilotschulen“ über drei Jahre hinweg begleiten und die Akteure beraten. Dieses langfristige Engagement wurde durch die Unterstützung der Fondation Entente Franco-Allemande (FEFA) möglich, die das Projekt Azubi-Bacpro seit seinen Anfängen finanziell und ideell unterstützt. Das vorliegende dfi compact, das zunächst (2017) auf französisch erschienen ist, fasst die Erfahrungen und Erkenntnisse dieser dreijährigen Mission zusammen. Die Veröffentlichung thematisiert Stärken und Schwächen des konkreten Projekts und verbindet diese mit einer Analyse der beteiligten Akteure und ihrer manchmal kohärenten, manchmal konträren Motivationen und Absichten. Daraus ergeben sich einige Thesen und Vorschläge, wie das vielversprechende Pilotprojekt weiter ausgebaut und verbessert werden kann.

Bestellungen:
https://www.dfi.de/de/Formulare/kontakt_formular_bestellung.shtml

Bildungsreform in Frankreich

Aktuelle Frankreich Analyse (AFA) Nr. 33 ist erschienen

Die neue AfA beschäftigt sich mit den Reformen, die die französische Regierung seit Mai 2017 im Schul- und Hochschulbereich auf den Weg gebracht hat und weiterhin plant.

Erläutert werden die Verkleinerung der ersten beiden Grundschulklassen in sozialen Brennpunktvierteln, die Schulpflicht ab drei Jahren, die Verschlankung des Baccalauréat und die neuen Regelungen zur Vergabe von Studienplätzen. Außerdem werden die Lehrerausbildung und -bezahlung sowie die räumliche und soziale Segregation als Problemfelder des französischen Bildungssystems angesprochen.

Bestellungen:
▸ https://www.dfi.de/de/Formulare/kontakt_formular_bestellung.shtml

Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut: Aktuelle Frankreich Analysen Nr. 33, Martin Villinger: Bildungsreform in Frankreich: Schul- und Hochschulbereich. Juli 2018, 15 Seiten.

dfi service

Deutsch-französische Energiewendewoche

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ENERGIEWENDEWOCHE

Im Januar 2019 findet die deutsch-französische Energiewendewoche statt, bei der Städte, Verbände und Organisationen aus Frankreich und Deutschland Aktionen durchführen, die zur Stärkung von Synergien zwischen den Städten beider Länder beitragen und zum Thema Energiewende mobilisieren.

Bis zum 6. Juli 2018 konnten sich Gebietskörperschaften, Verbände und Organisationen aus Frankreich und Deutschland an einem Ideenwettbewerb beteiligen. Aus den verschiedenen Vorschlägen hat eine Jury am 19. Juli knapp zwanzig ausgewählt, die eine Förderung für ihre Klimaschutzaktion rund um die deutsch-französische Energiewendewoche erhalten. Die Gewinner des Ideenwettbewerbs werden im September 2018 auf der Konferenz „Pionierregionen der Energiewende in Frankreich und Deutschland“ ausgezeichnet, die am 5. und 6. September 2018 in Paris stattfindet. Die Veranstaltung ermöglicht den Austausch zwischen französischen und deutschen Pionierregionen, den Vergleich von Ansätzen und Methoden beider Länder und zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Umsetzung der lokalen Energiewende auf.

Die Teilnehmer der Jury bei der Auswahlsitzung am 19. Juli in Karlsruhe, darunter Dominik Grillmayer vom dfi (dritter v.r.). Quelle: Thierry Michels.

Hier geht es zur Anmeldung.
▸ https://www.eventbrite.fr/e/konferenz-pionierregionen-der-energiewende-in-deutschland-und-frankreich-tickets-46398647604

Dominik Grillmayer ▸ grillmayer@dfi.de

Freie Praktikumsplätze

Für den Herbst 2018 gibt es noch freie Praktikumsplätze am dfi.

Das dfi ist ein unabhängiges Forschungs-, Dokumentations- und Beratungszentrum. Als Plattform für den Dialog von Akteuren beider Länder begleitet und gestaltet es seit mehr als sechzig Jahren die deutsch-französische Kooperation in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und im europäischen Umfeld. Die Aufgaben des dfi reichen von Forschungsprojekten und Studien über die Organisation von Bürgerbegegnungen, Arbeit mit Studenten und Schulklassen, Kontakt mit Medien, Expertise und Dokumentation.

Als Praktikant/in können Sie einen Einblick in vielen Bereichen gewinnen und an den abwechslungsreichen Aktivitäten des dfi mitwirken.

Wir suchen engagierte und neugierige Praktikanten, die selbstständig arbeiten können und Lust haben, unsere Arbeit zu bereichern.

Sprachkenntnisse in Französisch, Englisch oder weiteren EU-Sprachen sind ein Plus.
Mindestdauer: 6 Wochen.

Bei Interesse oder Fragen melden Sie sich gerne.
Bénédicte King ▸ king@dfi.de

Wie wäre es mit einem Forschungsaufenthalt im europäischen Ausland?

Alle Inhalte der Veranstaltung „Researchers without borders“ zum Thema Mobilität und Karrierechancen von Promovierten stehen ab sofort online zur Verfügung

Forscher zählen weltweit zu den mobilsten Bevölkerungsgruppen. Unabhängig davon, ob man als Forscher eine Laufbahn im akademischen oder im privaten Sektor einschlägt – ein Auslandsaufenthalt gehört in den meisten Fällen zu den Einstellungsvoraussetzungen.

Bei der Vorbereitung einer Mobilitätsphase stellen sich jedoch viele Fragen: Wie finanziere ich mein Postdoc-Projekt? Wie mache ich potenzielle Arbeitgeber aus? Wie bewerbe ich mich in einem Land, in dem andere Anforderungen gestellt werden als in meinem Heimatland? Wer sind die zentralen Akteure der europäischen Forschungslandschaft? Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es für den Lebenspartner bei Doppelkarrierepaaren?

Die Antworten auf all diese Fragen sowie praktische Tipps von zahlreichen europäischen Akteuren und Experten in puncto Mobilität, Förderung und Karrierechancen von Promovierten finden Sie auf der Internetseite der Veranstaltung „Researchers without borders“, die in Kooperation von der ABG, der Deutsch-Französischen Hochschule und der Université franco-italienne organisiert wurde.

Université franco-allemande
Deutsch-Französische Hochschule

▸ www.abg.asso.fr/fr/article/researchers-without-borders-eu4phd

▸ https://www.dfh-ufa.org/informationen-fuer/studierende-doktoranden-alumni/doktoranden/researchers-without-borders-eu4phd/

Verfasserin : Bérénice Kimpe, Referentin für internationale Kooperationen der ABG-DFH

„Researchers without borders“, Paris, 11. und 12. Dezember 2017. Quelle: ABG-UFA.

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:
▸ https://www.dfi.de/de/Formulare/kontakt_formular_storno_newsletter.shtml

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
▸ www.dfi.de
▸ info@dfi.de
Redaktion: Waltraut Kruse
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner